

Dorn, Florian; Kauf, Benedikt; Krause, Manuela; Potrafke, Niklas

Article

Altersvorsorge und Gesetzliche Rentenversicherung – nachhaltig aufgestellt?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Dorn, Florian; Kauf, Benedikt; Krause, Manuela; Potrafke, Niklas (2016) : Altersvorsorge und Gesetzliche Rentenversicherung – nachhaltig aufgestellt?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 69, Iss. 17, pp. 44-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165811>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Altersvorsorge und Gesetzliche Rentenversicherung – nachhaltig aufgestellt?

44

Florian Dorn, Benedikt Kauf*, Manuela Krause und Niklas Potrafke

In der Juni-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zum Thema Altersvorsorge und einer Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung befragt. Die Mehrheit der Ökonomen sieht demnach das gegenwärtige Rentensystem als nicht nachhaltig aufgestellt an. Die Teilnehmer sprechen sich daher im Hinblick auf eine langfristige Finanzierung der gesetzlichen Rente insbesondere für ein höheres Renteneintrittsalter aus.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland wurde das Rententhema zuletzt immer wieder in der politischen Debatte aufgeworfen und scheint erneut ein wichtiges Thema im Bundestagswahlkampf 2017 zu werden. Auch im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen des Staates ist es nicht zu vernachlässigen. So sind die allgemeinen Rentenversicherungsleistungen der größte Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Ein Hauptteil der Ausgaben für die Rentenversicherung geht dabei als Zuschuss an die allgemeine Rentenversicherung. Der Bundeszuschuss ist nach den Beitragseinnahmen die wichtigste Einnahmequelle der Gesetzlichen Rentenversicherung.

In der Juni-Umfrage wurden die Ökonomen unter anderem zum Rentensystem im Allgemeinen, zum Renteneintrittsalter und zur Reformierung der Gesetzlichen Rentenversicherung befragt. Die Rücklaufquote betrug 25,7%. 95,7% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

Wie nachhaltig ist das gegenwärtige gesetzliche Rentensystem?

Das gesetzliche Rentensystem basiert in Deutschland auf einem Umlageverfahren, in dem die arbeitende Bevölkerung die Renten der Eltern generation finanziert. Allerdings müssen die Jungen in den kommenden Jahren eine immer weiter steigende Zahl von Rentnern mitversorgen. Während im Jahr 2001 in Deutschland auf 100 Bürger im arbeitsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) noch knapp 28 Bürger im Rentenalter (ab 65 Jahre) entfielen (vgl. Statistisches Bundesamt 2003, S. 38), sind es gegenwärtig bereits knapp

über 35 (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 95–98). Dieser sogenannte Altersquotient wird sich auch in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Nach der mittleren Prognose des Statistischen Bundesamtes werden es im Jahr 2030 bereits knapp 50 Rentner sein.¹ Gegenwärtig scheint die Finanzierung der Renten nicht gefährdet, da durch die Trendwende am Arbeitsmarkt und die günstige Konjunktur der vergangenen Jahre sogar Rücklagen gebildet werden konnten. Aufgrund des steigenden Altersquotienten und stetig schrumpfender Rücklagen geht aber selbst die derzeitige Bundesregierung davon aus, dass der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung für die Arbeitnehmer, auch bei stetig wachsender Zahl Erwerbstätiger und positivem Wirtschaftswachstum, spätestens ab 2020 steigen und auf Kosten der jüngeren Generationen bis Ende des kommenden Jahrzehnts sukzessive erhöht werden müsste (vgl. BMAS 2015, S. 12). Zwar betont die Bundesregierung, dass die Gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule des deutschen Alterssicherungssystems ist und diese nach wie vor stabil und sicher aufgestellt sei (vgl. Bundesregierung 2014, S. 1). Angesichts der Prognosen verwundert es aber nicht, dass insbesondere Jüngere und Geringverdiener die Auffassung vertreten, durch die gesetzliche Rente nicht mehr ausreichend für das Alter abgesichert zu sein (vgl. Infratest Dimap 2016).²

Diese Einschätzung deckt sich mit der Mehrheit der im Ökonomenpanel befrag-

* Benedikt Kauf war von Juni bis August 2016 Praktikant im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

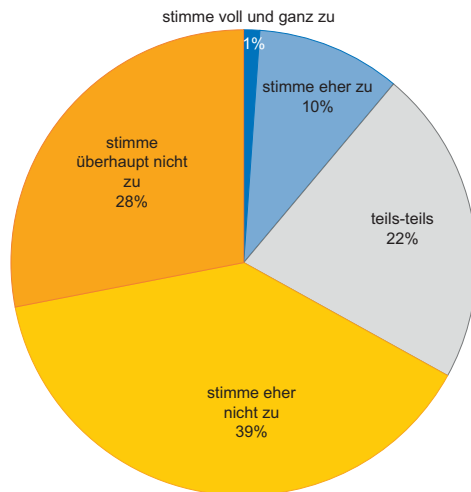
¹ Das entspricht der Variante 4 der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung, mit einer normalen Immigration von 200 000 Personen jährlich ab 2021, mit konstanter Geburtenhäufigkeit und einem starken Anstieg der Lebenserwartung bis 2060 (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

² Für eine Kritik des Rentensystems hinsichtlich einer fehlenden Nachhaltigkeit sowie der Benachteiligung bestimmter Gruppen, wie Geringverdienern (vgl. auch Breyer 2010).

Abb. 1

Beurteilung des Gesetzlichen Rentensystems

Das gegenwärtige Gesetzliche Rentensystem ist nachhaltig aufgestellt, um auch langfristig eine zum Leben angemessene Rente zu garantieren.



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

ten Professoren (vgl. Abb. 1). Knapp zwei Drittel der Teilnehmer sind nicht der Meinung, dass das gegenwärtige gesetzliche Rentensystem nachhaltig genug aufgestellt ist, um auch langfristig eine zum Leben angemessene Rente zu garantieren. 22% sind sich bei dieser Aussage unsicher. Lediglich 11% der Teilnehmer stimmen der Aussage einer nachhaltigen Aufstellung des gegenwärtigen Rentensystems eher bzw. voll und ganz zu.

Waren »Mütterrente« und »Rente mit 63« wirtschaftspolitische Fehler?

Dennoch hat die Große Koalition im Jahr 2014 mit der »Rente mit 63« und der sogenannten »Mütterrente« ein umfangreiches Rentenpaket verabschiedet und so die Leistungsversprechen ausgeweitet.³ Von verschiedenen Seiten – ob Ökonomen, Oppositionspolitiker oder Vertreter von Wirtschaftsverbänden – wurde das Rentenpaket scharf kritisiert (vgl. BDA 2014; DIHK 2014, S. 10) und als »teures Wahlgeschenk« (Schnabel 2014) oder gar als »teuerstes Wahlgeschenk aller Zeiten« (FDP 2014) eingeordnet. Ökonomen warnen insbesondere vor den negativen Auswirkungen dieser Reformen – vor allem der »Rente mit 63« – auf die Finanzsituation der Gesetzlichen Rentenversicherung (vgl. Börsch-Supan et al. 2015) sowie auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen im Allgemeinen (vgl. Hagist et al. 2014).

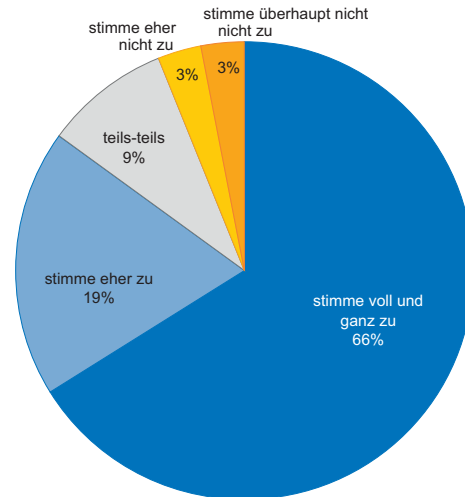
Befragt zu den einzelnen Paketen ist auch eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmer des Ökonomenpanels der Ansicht, dass die Einführung der »Rente mit 63« ohne Abschlä-

³ Zum einen können seither Versicherte nach 45 Beitragsjahren bereits ab 63 Jahren ohne Abschläge in die Rente gehen. Zum anderen finden mit der »Mütterrente« auch die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder in der Rente ihre Berücksichtigung.

Abb. 2

Beurteilung der Einführung der Rente ab 63 Jahren

Die Einführung der Rente ab 63 Jahren ohne Abschläge nach 45 Jahren Beitragszahlung war ein wirtschaftspolitischer Fehler.



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

ge nach 45 Jahren Beitragszahlung ein wirtschaftspolitischer Fehler war (vgl. Abb. 2). 85% der Teilnehmer stimmen dieser Aussage voll und ganz bzw. eher zu. Lediglich 6% halten diese Aussage überhaupt nicht bzw. eher nicht für richtig. Das Stimmungsbild bei der »Mütterrente« geht in eine ähnliche Richtung (vgl. Abb. 3). Deren Einführung sehen insgesamt 56% der Teilnehmer als wirtschaftspolitischen Fehler, ein knappes Viertel ist jedoch eher nicht bzw. überhaupt nicht dieser Meinung. Die Zustimmungswerte deuten aber darauf hin, dass sich mehr Ökonomen mit der Umsetzung der »Mütterrente« als mit der Einführung einer »Rente mit 63« anfreunden können. Einzelne Teilnehmer merken jedoch zusätzlich an, dass die Pakete inhaltlich nicht problematisch seien, sondern die Finanzierung das Problem sei.⁴

Welche Mittel wären zur langfristigen Finanzierung der gesetzlichen Rente sinnvoll?

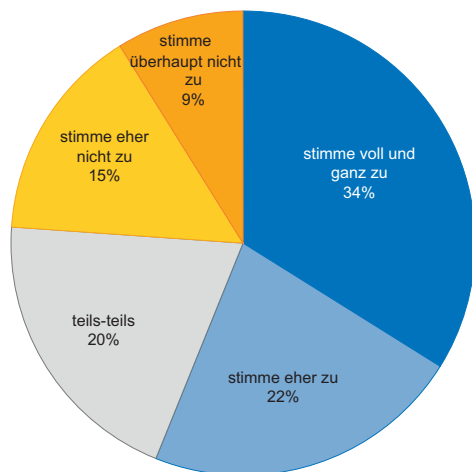
Um das (gesetzliche) Rentensystem nachhaltiger zu gestalten und zu reformieren, werden von Wissenschaftlern bereits seit vielen Jahren verschiedene Optionen aufgezeigt und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. In einer Studie für die Bertelsmann Stiftung stellte Martin Werding jüngst die Auswirkungen verschiedener Varianten gegenüber (Werdning 2013). Laut Werding seien Maßnahmen zur Erhöhung des Ausbildungsniveaus der Bevölkerung und insbesondere eine Erhöhung des Renteneintrittsalters geeignete Instrumente für eine bessere langfristige Finanzierung des derzeitigen gesetzlichen Rentensystems.

⁴ Stephan Klasen meinte beispielsweise hierzu, dass die Finanzierung dieser Programme über Umverteilung innerhalb der (insgesamt sehr gut gestellten) betroffenen Rentnergeneration erfolgen sollte, statt sie über das Umlageverfahren jüngeren Bevölkerungsgruppen aufzubürden.

Abb. 3

Beurteilung der Einführung der Mütterrente

Die Einführung der Mütterrente war ein wirtschaftspolitischer Fehler.



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

Als Mittel zur langfristigen Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung spricht sich auch die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer des Ökonomenpanels für einen späteren Renteneintritt aus (Mehrfachnennungen waren möglich, vgl. Abb. 4). 85% der Teilnehmer sehen darin eine geeignete Finanzierungsgrundlage. Daneben finden 35% ein geringeres Rentenniveau, 24% höhere Rentenbeiträge und ebenfalls 24% höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung der Rentenversicherung sinnvoll. Auch die Aufnahme von Selbständigen und Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung könnte laut Werdings Studie zu einer nachhaltigeren Finanzierung führen. Diese Variante favorisiert jedoch nur knapp über ein Viertel der antwortenden Ökonomen.

Explizit befragt zum Renteneintrittsalter, ist eine absolute Mehrheit von 61% der Teilnehmer der Ansicht, dass das gegenwärtige Renteneintrittsalter von 67 Jahren erhöht werden sollte. Die meisten Teilnehmer sprechen sich dabei entweder für eine (dynamische) Kopplung des Renteneintrittsalters an die durchschnittliche Lebenserwartung oder für ein Eintrittsalter zwischen 68 und 70 Jahren aus. Lediglich 37% der Teilnehmer sind der Ansicht, dass das Rentenalter bei 67 Jahren bleiben sollte. Nur 2% sprechen sich für eine Absenkung auf 65 Jahre aus.

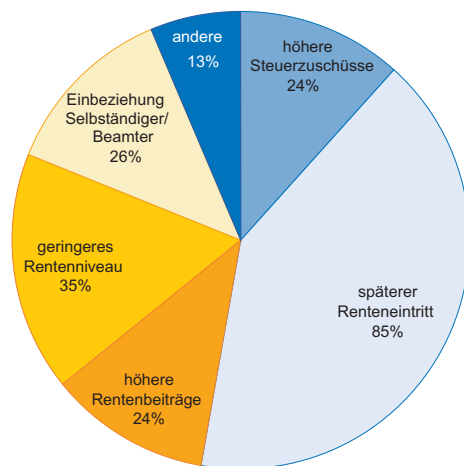
Sollte das Umlageverfahren um weitere Elemente ergänzt und umgestaltet werden?

Der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2015 wies darauf hin, dass der prognostizierte Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern deutlich mache, dass die gesetzliche Rente zukünftig allein nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen (vgl. BMAS 2015, S. 12). Einige Öko-

Abb. 4

Langfristige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung

Welche Mittel wären Ihrer Meinung nach zur langfristigen Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung geeignet?
Mehrfachnennungen sind möglich



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

nomen, wie ifo-Präsident Clemens Fuest, haben daher in diesem Zusammenhang gefordert, dass für jeden Bürger eine zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge obligatorisch werden sollte (vgl. Fuest 2016).

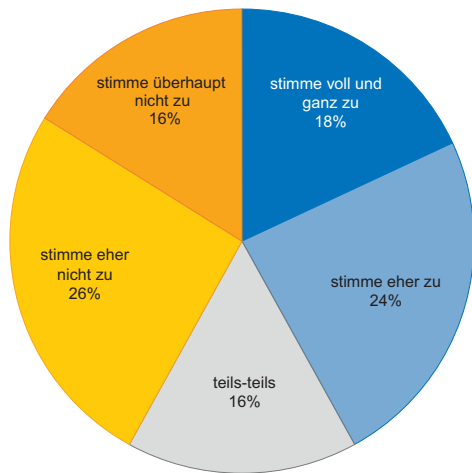
Befragt zur Möglichkeit einer solchen verpflichtenden, zusätzlichen privaten oder betrieblichen Altersvorsorge, ergibt sich bei den Teilnehmern des Ökonomenpanels allerdings kein eindeutiges Meinungsbild (vgl. Abb. 5). So stimmen zwar 42% der Teilnehmer voll und ganz bzw. eher zu, dass diese Option für jeden verpflichtend werden sollte. Gleich viele Teilnehmer sind allerdings der Ansicht, dass die zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge eher bzw. überhaupt keine Verpflichtung werden sollte. 16% treffen in dieser Hinsicht keine eindeutige Aussage.

Als weiteren Reformansatz forcierte unter anderem der ehemalige ifo-Präsident Hans-Werner Sinn, die Rente verstärkt nach der Anzahl der Kinder einer Person auszurichten (vgl. Sinn und Werding 2000; Sinn 2013). Dass dieser Reformvorschlag umgesetzt werden sollte, stimmt eine absolute Mehrheit der Teilnehmer voll und ganz bzw. eher zu (55%, vgl. Abb. 6). Ein knappes Drittel der Teilnehmer stimmt dieser Reformoption des Umlageverfahrens eher nicht bzw. überhaupt nicht zu.

Ressourcenknappheit in der Finanzierung gesellschaftspolitischer Ziele

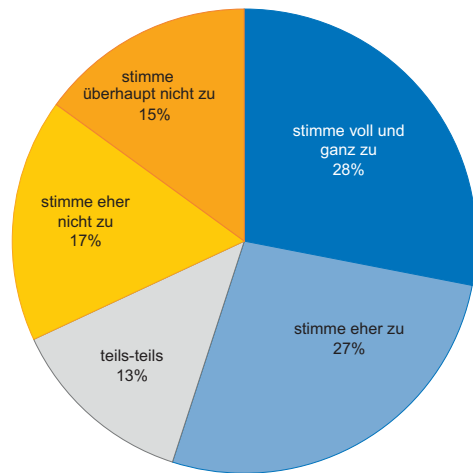
Aufgrund von Ressourcenknappheit kann es in der Finanzierung verschiedener politischer Ziele zu Konfliktpotenzialen kommen. Insbesondere durch die ungeplanten Mehrausgaben im Zuge der Flüchtlingskrise geriet zuletzt auch das Konfliktpotenzial der Rentenfinanzierung mit anderen öffent-

Abb. 5
Eine zusätzliche private oder betriebliche Altersversorgung sollte für jeden zur Pflicht werden



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

Abb. 6
Die Anzahl der Kinder sollte stärker bei der Höhe der Rente berücksichtigt werden



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

lichen Ausgabenposten in Deutschland wieder verstärkt in den öffentlichen Fokus. So spricht sich etwa die OECD in ihrem jüngsten »Wirtschaftsbericht für Deutschland« für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und zugleich für mehr Investitionen in Bildung und die Integration von Flüchtlingen aus (vgl. OECD 2016, S. 5). Auch DIW-Präsident Marcel Fratzscher und der ehemalige ifo-Präsident Hans-Werner Sinn empfahlen unter anderem eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, um die Kosten der Flüchtlingsintegration zu decken (vgl. Fratzscher und Sinn 2015).

Um mögliche Zielkonflikte politischer Entscheidungen abzubilden, wurden die Ökonomen daher in einer weiteren Frage gebeten zu wählen, welche gesellschaftspolitischen Ziele sie, ausgehend vom Status quo, in bestimmten Abwägungsbeispielen favorisieren würden (vgl. Abb. 7). Bei einem möglichen Konflikt zwischen höheren Ausgaben für Rente und Pflege oder für Bildung bevorzugt eine Mehrheit von 79% der Teilnehmer höhere Bildungsausgaben. 20% sind zwischen den beiden Bereichen indifferent. Stellt man den Mehrausgaben für Rente und Pflege das Ziel einer verbesserten Familienförderung gegenüber, würden 36% der Teilnehmer eher die verbesserte Familienförderung wählen, als die Ausgaben für Rente und Pflege zu erhöhen. Der Großteil der Teilnehmer (42%) ist hierbei allerdings indifferent. Stellt man den Ausgaben für Rente und Pflege mögliche Mehrausgaben zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern gegenüber, so favorisieren 34% der Teilnehmer höhere Renten- und Pflegeausgaben. Erneut ist allerdings die

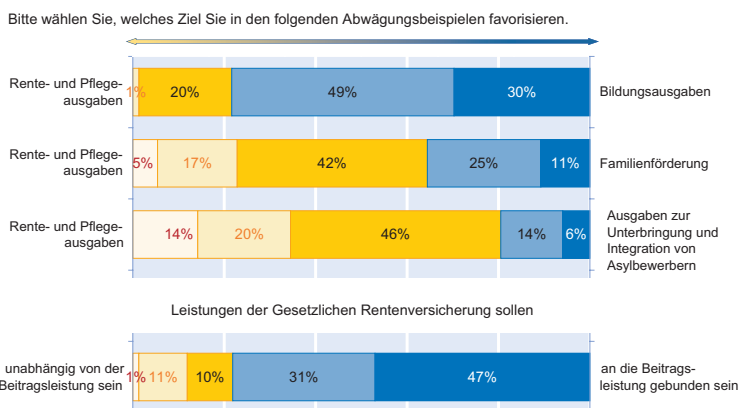
Mehrheit der Teilnehmer indifferent zwischen diesen beiden Zielen (46%).

Einig sind sich die Teilnehmer des Ökonomenpanels, dass die Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung weiterhin an die Beitragszahlungen gebunden sein sollten. 78% der Teilnehmer bevorzugen diese Kopplung, während 12% der Ansicht sind, dass die Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung unabhängig von der Beitragszahlung sein sollten. 10% der Teilnehmer sind indifferent.

Wie sicher sind sich die Befragten bei ihren Antworten?

Bei einigen Fragen hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben, wie sicher sie sich

Abb. 7
Manchmal besteht ein Konflikt zwischen zwei erwünschten gesellschaftlichen Zielen, da sie sich im Widerspruch zueinander befinden können



Quelle: Ökonomenpanel Juni 2016.

bei ihrer Bewertung sind. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Teilnehmer bei ihren Einschätzungen im Mittel relativ sicher sind. Bei der Frage zur nachhaltigen Aufstellung des gegenwärtigen gesetzlichen Rentensystems erreicht die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 7,8. Auch bei der Bewertung der von der Großen Koalition eingeführten Leistungen – »Rente mit 63« sowie »Mütterrente« – sind sich die Teilnehmer sehr sicher. Die Mittelwerte liegen bei der Beurteilung der »Rente mit 63« bei 8,4 und hinsichtlich der »Mütterrente« bei 7,8. Teilnehmer, die die Rentenleistungen nicht als einen wirtschaftspolitischen Fehler beurteilen, sind sich dabei im Mittel genauso sicher wie die Teilnehmer, die die entsprechenden Rentenleistungen als einen wirtschaftspolitischen Fehler ansehen.

Auch bei den Fragen zur Reformierung der Gesetzlichen Rentenversicherung konnten die Teilnehmer angeben, wie sicher sie sich bei ihrer Bewertung sind. Bei der Frage, ob eine zusätzliche private oder betriebliche Altersvorsorge für jeden zur Pflicht werden sollte, erreicht die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 7,9. Hinsichtlich der Frage, ob die Anzahl der Kinder stärker bei der Höhe der Rente berücksichtigt werden sollte, liegt der Mittelwert bei 8,1. Auch bei diesen Fragen sind sich die Teilnehmer, die die entsprechenden Reformvorschläge befürworten, im Mittel genauso sicher wie die Teilnehmer, die die Vorschläge ablehnen.

Literatur

BDA – Bundesverband der Arbeitgeberverbände (2014), »Arbeitgeberpräsident Kramer: Rentenpaket schlimmer Rückfall in der Rentenpolitik«, Pressemitteilung, 3. April, verfügbar unter: [http://www.arbeitgeber.de/www%5Carbeitgeber.nsf/res/PI02614.pdf/\\$file/PI02614.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www%5Carbeitgeber.nsf/res/PI02614.pdf/$file/PI02614.pdf).

Börsch-Supan, A., M. Coppola und J. Rausch (2015), »Die Rente mit 63: Wer sind die Begünstigten? Was sind die Auswirkungen auf die Gesetzliche Rentenversicherung?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 16(3), 264–288.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015), *Rentenversicherungsbericht 2015*, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin.

Breyer, F. (2010), »Rentenversicherung zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit«, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 99, 569–583.

Bundesregierung (2014), *Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 18/629*, Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800629.pdf>.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, (2014), *Jahresbericht 2014*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin.

FDP (2014), *Rente ist teuerstes Wahlkampfeschenk aller Zeiten*, FDP, Berlin, verfügbar unter: <https://www.liberal.de/content/rentenpaket-ist-teuerstes-wahlgeschenk-aller-zeiten>.

Fratzscher, M und H.-W. Sinn (2015), »Wir leben von der Substanz«, *Handelsblatt*, 3. November, 48, verfügbar unter: www.ifo.de/de/w/GcwABeUw.

Fuest, C. (2016), »Wir brauchen eine Pflicht zur Altersvorsorge«, Interview von B. Marschall, *Rheinische Post Online*, 14. Mai, verfügbar unter: <http://www.rp-online.de/wirtschaft/ifo-chef-clemens-fuest-wir-brauchen-eine-pflicht-zur-altersvorsorge-aid-1.5976925>.

Hagist, C., S. Moog und B. Raffelhüschen (2014), »Generationengerechte Politik? Eine Analyse der aktuellen Politik der Bundesregierung anhand der Generationenbilanz«, *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 12(4), 529–549.

Infratest Dimap (2016), *Geringverdiener und Jüngere fürchten um ihre Absicherung im Alter*, Umfrage im Auftrag des ARD-Morgenmagazins, verfügbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/geringverdiener-und-juengere-fuerchten-um-ihre-absicherung-im-alter/>.

OECD (2016), *OECD Wirtschaftsberichte: Deutschland 2016*, OECD Publishing, Paris.

Schnabel, R. (2014), »Rente mit 63: Ein teures Wahlgeschenk«, *Ökonomen-Blog*, verfügbar unter: <http://www.insm-oekonomenblog.de/11254-rente-mit-63-ein-teures-wahlgeschenk/>.

Sinn, H.-W. (2013), »Das demographische Defizit – die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen«, *ifo Schnelldienst* 66(21), 3–23.

Sinn, H.-W. und M. Werding (2000), »Rentenniveausenkung und Teilkapitaldeckung: ifo Empfehlungen zur Konsolidierung des Umlageverfahrens«, *ifo Schnelldienst* 53(18), 12–25.

Statistisches Bundesamt (2003), *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015), *Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Tabellenband*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Werding, M. (2013), *Alterssicherung, Arbeitsmarktdynamik und neue Reformen: Wie das Rentensystem stabilisiert werden kann*, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.